

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1929

29 (7.3.1929)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-884313](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-884313)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld.

Nr. 90

Anzeigenpreise: Die einpaltige Kopfszeile oder deren Raum 15 J., Familienanzeigen 10 J., auswärts 20 J., Reklamespalt 50 J. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließlich 10.

Nr. 29.

Elsfleth, Donnerstag, den 7. März

1929.

Chronik des Tages.

Der Reichsrat behandelte am Dienstag den neuen Reichshaushaltsentwurf für 1929. Die Dienstag-Sitzung des Völkerrundrats, die der Minderheitenfrage gewidmet sein sollte, ist abgesetzt worden. Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz, das eine erhebliche Verabfolgung der deutschen Quota bringt, tritt nunmehr am 1. April in Kraft. Kreuzer „Berlin“, der von Vigo (Nord-Spanien) ins Meer gegangen ist, wird am 7. März wieder in Cuxhaven eintreffen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat seine Jagdausübung bis zum 15. März verboten. Bei einer Explosion in einem Waisen in Sofia wurden 28 Menschen getötet. In Georgia im Staate Illinois sind in den letzten Stunden 13 Personen nach dem Genuss von geschmuggeltem Sitten gestorben.

Präsident Herbert Hoover.

Washington, den 5. März. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herbert Hoover, hat sein Amt angetreten und nach einigen feierlichen Veranstaltungen die Fessel in die Hand genommen. Wird Hoover, das „temperamentvolle Genie“, wie ihn seine Anhänger nennen wollen, andere Maßnahmen befolgen als die Vorgänger, dem man bei seinem Amtsantritt „Mittelmaß“ vorwarf? Die Antwort auf diese Fragen können nur Taten geben; Hoover ist kein Freund „großer Ankündigungen, aber er liebt es, „Leben in die Tat“ zu bringen. Bei der Einführung des neuen Präsidenten kamen die Zuschauer auf ihre Kosten. Die Fahrt des Kommandanten und des schwebenden Präsidenten vom Weissen Haus durch die Pennsylvania-Avenue nach dem Kapitol glich einem Triumphzug. Trotz des regnerischen Wetters sah man überall dicke und begeisterte Menschenmassen. Soldaten aller Waffengattungen marschierten zur Parade auf, in den Reihen kreuzten mehrere Geschwader, Hülserkämpfe trachteten, Indianer in kostbaren Kleidern, die Präsidenten ihre Ehre verbrieften, und in den Abendstunden erstrahlte Washington im magischen Schein eines Niesen-Feuerwerks. Die eigentliche Feier begann mit der traditionellen Frage an den Präsidenten, ob er bereit sei, seit dem Amt zu übernehmen und die Verfassung Amerikas nach besten Kräften zu bewahren, zu verteidigen und zu vollziehen“ wolle. Mit deutlicher Stimme erwiderte Hoover: „I do!“ Dann legte er den Eid auf die Verfassung ab und hielt seine Antrittserede.

In seiner Antrittsrede erklärte Präsident Hoover, Amerika sei durch Frieden, Wohlfahrt und Fortschritt mit der ganzen Welt verbunden. Geht man drohen daher, daß in der ganzen Welt immer noch Krieg und Missetaten herrschen. Amerika werde dazu eine Veranlassung, seine Jugend befehle man neuer Idealismus; die Vereinigten Staaten wünschten wieder eine Vergrößerung ihres Gebietes, noch ein weiterer Schritt über fremde Völker. Im Gegenteil werde sie sich im Gegenteil, ein politisches und wirtschaftliches System aufzubauen, das den Imperialismus verwerfe. Der Kellogg-Pakt solle den Weg zur Weltfriedenspolitik ebnen, denn es sei Amerikas Bestreben, den Frieden zu fördern, die Gewalt abzurufen und die Herrschaft des Völkerrechts und der Gerechtigkeit zu stabilisieren.

Sensationelle Ausführungen hat Hoover sonst nicht gemacht. Wenn er im übrigen noch den Beitritt Amerikas zum Schiedsgerichtsgesetz ankündigte und seinen Zweifel darüber ließ, daß die Vereinigten Staaten auch unter Hoover sich dem Völkerrundrat nähern wollen, so war das zu erwarten.

Für Europa und insbesondere auch für Deutschland ist der Präsidentenwechsel selbstverständlich von erheblicher Bedeutung. Amerika hat in der Welt eine große Rolle zu spielen, und es hängt vieles davon ab, in welcher Weise Amerika in dieser Frage seinen Einfluß geltend machen wird. Zu einem offenen Schuldenerlaß wird Hoover nicht geneigt sein; sein Schatzsekretär ist Mellon, der unter Coolidge stritte gegen eine neue Schuldenerlassung ausgesprochen hat. Einer Festlegung der Reparationszahlungen auf ein erträgliches Maß braucht man sich nicht zu setzen. Hoover kennt die Welt und er weiß, daß die Weltwirtschaft ein Ganzes bildet und nicht getrennt werden kann, wenn ein Organ zum Weltfrieden verdammt ist. Eine Ueberbelastung Deutschlands mit Reparationen würde aber die deutsche Wirtschaft in Unordnung und führt damit einer Weltwirtschaftskrise in das Blut der Weltwirtschaft. Wenn politisch wird der Präsidentenwechsel in Amerika kaum große Auswirkungen für Europa haben. Hoovers Außenminister heißt Stimson, und daraus ist zu schließen, daß Nicaragua und Südamerika den

Außenpolitik Washingtons zunächst mehr am Herzen liegen, als europäische Dinge. Immerhin dürfte sich Hoover dadurch nicht abhalten lassen, die Beziehungen Amerikas zu Rußland und England ins reine zu bringen. Wird es ihm gelingen, die englisch-amerikanische Verständigung zu befestigen, oder wird er Versuch nach dieser Richtung, dadurch, daß er scheitert, das Verhältnis der angelsächsischen Völker noch mehr verschlechtern?

Was Rußland betrifft, glaubt man in Washington an die Möglichkeit erfolgreicher Verhandlungen über die Anerkennung Rußlands. Derseits könnte eine russisch-amerikanische Fühlungsnahme nur begrüßt werden: Mit der Anerkennung durch Washington würde Moskau Zugang zu den amerikanischen Bankiers erhalten und damit Betriebskapital. Deutschland ist daran insofern interessiert, als die Behebung der russischen Wirtschaft auch eine Erhöhung der russischen Aufnahmefähigkeit zur Folge haben dürfte.

Trauerfeier für Wilhelm von Bode.

Berlin, 6. März. In der Basilika des Kaiser-Friedrich-Museums fand vor einem kleinen Kreise von Angehörigen, Gelehrten, Museumsleitern, Kunstverständlern, Vertretern der Universitäten, Akademien und der Stadt Berlin die Trauerfeier für Wilhelm von Bode statt. Im Anschluß daran wurde der Sarg nach dem alten Luisenfriedhof in Westend geleitet, wo die Beisetzung im engsten Kreise der Familie stattfand.

Schwierigkeiten in Genf.

Die Dienstsitzung abgesetzt. — Seine Einziehung der Minderheitenstaaten. — Genf, 5. März. Die für heute nachmittag angeordnete Sitzung, in der die Minderheitenfrage behandelt werden sollte, ist ohne Angabe von Gründen abgesetzt worden. Es kann jedoch angenommen werden, daß für diesen Entschluß Einflüsse hinter den Kulissen maßgebend gewesen sind. Offenbar sollen vor der Behandlung der Minderheitenfrage im Rat noch Vorbesprechungen der Staatsmänner stattfinden.

Der von dem Rat in seiner ersten Sitzung eingeseht Juristenrat, der den Antrag der litauischen, der tschechischen und der südslawischen Regierung auf Zulassung ihrer Vertreter zu den den Minderheitenfragen gewidmeten Ratverhandlungen prüfen sollte, hat seine Arbeiten beendet und ist zu einem abnehmenden Beschluß gelangt. Der ablehnende Beschluß des Ausschusses, der dem Rat in der nächsten Sitzung vorgelegt werden wird, wird damit begründet, daß der Völkerrund in den Minderheitenfragen allein zuständig ist und über diese Dinge bisher stets ohne Einziehung der Minderheitenstaaten entschieden worden ist.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing am Dienstag den Vertreter Rumäniens Titulescu. Es war dies die erste Fühlungsnahme der deutschen Delegation mit der ihren Standpunkt ablehnenden Staatssekretäre. Staatssekretär von Schubert hatte eine längere Unterredung mit einem Vertreter Belgiens, dem Baron Monjeur, einem früheren belgischen Gesandten in London. Über den Inhalt der Unterredung werden keine Mittelungen gemacht, jedoch kann angenommen werden, daß der deutsche diplomatische Schritt in Brüssel wegen der Veröffentlichung des französisch-belgischen Geheimabkommens im „Atrechtischen Dagblad“ den Gegenstand der Unterhaltung gebildet hat.

Polens Haltung im Fall Litw.

Alte Beschuldigungen und erwartete Vorwände. Die polnische Regierung hat dem Völkerrund eine Note zu der Beschwerde des Deutschen Volksbundes wegen der Verhaftung des Abgeordneten Litw überreicht, die in kurzer Form folgende drei Punkte enthält: Die Verhaftung des Abgeordneten Litw ist wegen Weisung zur Flucht vor dem Militärtribunal erfolgt; das eingeleitete Verfahren vollzieht sich nach der polnischen Strafprozedur. Es ist der polnischen Regierung nicht möglich, in das laufende Strafverfahren eingzugreifen. Das gleiche gilt von internationalen Instanzen und damit auch für den Völkerrund.

Preßempfang bei Chamberlain.

Der englische Außenminister Chamberlain empfing in Genf die Vertreter der Presse. Er erklärte, das Minderheitenproblem sei „so kompliziert“, daß es ausgeschlossen erscheine, es in dieser Tagung endgültig zu regeln. Man werde die Minderheitenfrage auch im Juni behandeln müssen. Gegen die Einfegung eines Studienausschusses scheint Chamberlain keine Einwände erheben zu wollen. Er erzählte dann, er werde noch Dr. Stresemann sehen, und fügte

hinzu: Wir haben ja über alles mögliche miteinander zu sprechen, z. B. über die Frage der Reparationen. Auf die Frage, ob Chamberlain auch mit dem deutschen Außenminister und mit den anderen Staatsmännern über die Frage der Rheinlandräumung reden werde, erwiderte der englische Außenminister mit einigen Nachdenken: Ja, wir werden über alles sprechen, auch über die Frage des Feststellungs- und Vergleichenkomitees (!) und wir werden überhaupt unsere allgemeinen Besprechungen von Genf und Lugano fortführen, ohne daß wir allerdings irgendwelche Beschlüsse fassen werden.

Das Pulverfaß in Europa.

Ein bemerkenswertes Urteil einer englischen Zeitung. — Die Zeitung „Evening Standard“ unzufrieden. Die Londoner Zeitung „Evening Standard“ behandelt in einem Artikel die Minderheitenfrage in Genf und macht dabei bemerkenswerte Ausführungen. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß Polen durch die Gemisheit bekräftigt ist, daß größere Mächte als es selbst, vorwiegend Frankreich und Italien, die selbst bedeutende Minderheitenfragen besitzen, kaum irgendeine schlechte Behandlung der deutschen Bevölkerung in Schlesien zugeben oder irgendwelche Zugeständnisse machen werden. „Die Wahrheit“, so meint „Evening Standard“ weiter, „ist jedoch, daß keine Deutsche nicht so sehr einen Schutz seiner Landsleute in Schlesien wünscht, als die Rückgabe der Provinz die 600 Jahre lang zu Deutschland gehörte. Auf der anderen Seite sind alle allierten Mächte und besonders Frankreich und Polen gegen eine Vertragsänderung. Der Völkerrund hat aber entschieden, daß es unmöglich ist, sich mit diesen entscheidenden Fragen zu befassen. Angekündigte an Deutschland im Dien werden die gesamte Frage des europäischen Friedens aufwerfen. Aber es ist niemand da, der es wagt, gegen Polen vorzugehen und die zehn Millionen Ausländer unter der Kontrolle einer unerfahrenen Nation von 18 Millionen Köpfen werden weiter als Pulverfaß in Europa bestehen.“ Im übrigen weiß „Evening Standard“ noch be dauernd auf das geringe Interesse hin, das England der schlesischen Frage entgegenbringt.

Freilassung Frank-Heines?

Die Flamen sollen verantwortlich gemacht werden. — Die Veröffentlichung der Dokumente durch Holland gebilligt?

In der Angelegenheit der angeblichen Fälschung des belgisch-französischen Paktes durch Frank-Heine ist eine neue Wendung eingetreten. In Brüssel will man Frank-Heine nur noch wegen Fälschung des Paktes belangen, die Verantwortung für die „Fälschung“ der Dokumente soll Heine auf die flämischen Nationalisten — insbesondere Waard Herremann — abgewälzt werden. Sind das etwa Vorzeichen, von einem Erfolg der flämischen Nationalisten bei dem Wahl von vornherein zu bereiten?

Die Erklärungen und Gegenerklärungen haben sich im übrigen in den letzten Stunden gehäuft. Von einer Aufklärung der Angelegenheit kann danach wohl keine Rede sein! Frank-Heine scheint mit aller Welt Verbindungen unterhalten und rechts und links gestohlen zu haben. Wahrscheinlich hat Frank-Heine auf den Artikel im „Brüsseler Soir“, in der er als Fälscher beschuldigt wurde, selbst geschrieben.

Das Atrechtische Dagblad veröffentlicht eine Erklärung seiner Chefredaktion und betont darin, die Veröffentlichung der Dokumente sei erfolgt auf Grund einer Entscheidung, die von einer hochstehenden amtlichen Persönlichkeit gemacht wurde, deren persönliche Charakter und amtliche Stellung zu unbedingtem Vertrauen berechtigen. Die Chefredaktion habe die Schriftstücke mit eigenen Augen gesehen und sich zum eigenen Gewissen von der Echtheit überzeugt. Sie habe zuvor auch das Urteil eines Graphologen von anerkannter Fachkenntnis über die Echtheit der betreffenden Unterschrift eingeholt und sich außerdem vergewissert, daß die Echtheit der Schriftstücke selbst durch hochgestellten Kollegen von untadeligem Namen in hohem Maße für wahrscheinlich gehalten worden sei, so daß sie, wenn sie ihnen selbst zur Verfügung gestellt worden wären, nicht geぞögert hätten, ihre Veröffentlichung vorzunehmen. Hätte die Regierung einen Wind gegeben, so wäre die Veröffentlichung unterblieben.

Die Häsher suchen Waard Herremann.

Nach einer Brüsseler Meldung ist im Grenzgebiet von Antwerpen das Gerücht verbreitet, daß sich Waard Herremann — gegen den ein Haftbefehl vorliegt — versteckt halte, um Beweise gegen Frank-Heine zu sammeln. Waard Herremann werde in einigen Tagen wieder vor die Öffentlichkeit treten.

Aus Nah und Fern.

Veranstaltungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Redaktion stets willkommen.

Es folgt, den 7. März 1929

Tages-Feier.

Aufgang: 7 Uhr 04 Min. - Untergang: 6 Uhr 13 Min.

Schwärze:

11.30 Uhr Vorm. — 11 Uhr Nachm.

8. März: 12.10 Uhr Vorm. — 12.40 Uhr Nachm.

* Als Festsache wurde 1 silbernes Medaillon abgegeben.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat hat, veranlaßt durch die große Nachfrage infolge des starken Preises, die bislang für das hiesige Gebiet geltenden Kohlenpreise erheblich erhöht. Gegenüber den ab 1. Januar geltenden Preisen beträgt die Erhöhung ab 1. März zum Teil über RM 5.— pro Tonne, wodurch natürlich die Kleinverkaufspreise ebenfalls eine entsprechende Steigerung erfahren haben.

Der Oldenburgische Landtag. Der oldenburgische Landtag trat Dienstag vormittag mit einer kurzen Sitzung zu seiner ordnungsmäßigen längeren Jahresstagung zusammen. Am Regierungstisch befanden sich u. a. Ministerpräsident von Finck und die Minister Dr. Dröber und Dr. Willers. Präsident Zimmermann gab bekannt, daß anstelle des verstorbenen Abgeordneten Faber (Ztr.) aus Wilsenfeld der Geschäftsführer der daher in den Landtag eingetreten, daß Abg. Schmidt (Dem.) erkannt und Abg. Dammann (Vbl.) wegen Teilnahme an einer Sitzung in Hannover bezügl. Unteregulierung verhindert sei. Zum Präsidenten wurde Abg. Zimmermann (Soz.) mit 29 Stimmen wiedergewählt, 14 Stimmen wurden für den früheren Präsidenten, Abg. Schröder (Vbl.) abgegeben, zwei Stimmentel waren weiß. Vizepräsidenten wurden wieder die Abgeordneten Schröder und Meyer-Solte (Ztr.), Schriftführer die Abg. Broßto (Soz.), Noß (Ztr.) und Wichmann (Vbl.). Die drei Ausschüsse blieben fast unverändert bestehen, ebenso der Vertrauensauschuß. Der Präsident verlas dann die bereits eingegangenen Vorschläge und gab bekannt, daß sich 81 Eingaben zu verzeichnen seien. Der Abg. Adicks (V. u. V.) beantragt selbständig eine Aenderung der Gemeindeordnung, welche die Berücksichtigung der ausfallenden Stimmen nach Maßgabe der Verhältniswahl besetzt, Abg. Wendebach (Ztr.) beantragt Umwandlung der Naturalrente in Goldrente und Abg. Wempe (Ztr.) beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung schärfsten Protest über die bisher gepflogene Art der Reichssteuerumteilung an die Länder zu erheben. Minister Dr. Willers kündigte an, daß dieses Antrags um eine schleunige Klärung. Diese wird auf Mittwoch vormittag 11 Uhr ankommen. Der Antrag, bezugl. die Anfrage des Abg. Dröber (Nat. u. Soz.) betr. Verlegung der Reichsbahndirektion von Oldenburg wird auf Antrag des Ministers Dr. Dröber an den Ausschuß verwiesen, da die Regierung vor manchem vorweg dazu zu bemerken habe.

Die Massenbeförderung von Schulkindern mit der Bahn ist immer mit gewissen Gefahren verbunden und bedauerliche Unglücksfälle bei solchen Gelegenheiten kommen immer wieder vor. Hier im Fall, der die Gerichte in allen Instanzen beschäftigt hat. Die Oberrealschule in Oldenburg hat sich eines trüben Zufalls von Kindern aus der näheren und weiteren Umgebung zu erfreuen. Es fährt täglich ein Zug mit etwa 100 Schülern dahin. Als dieser eines Morgens in Zwischenbahn eintraf, wollte ihn der noch nicht zwölfjährige Sohn des Kaufmanns P. besteigen. Dabei geriet er fallend mit der rechten Hand unter einen Wägel. Die Hand wurde ihm bis zum Handgelenk abgetrennt. Die gegen die Reichsbahngesellschaft angestrichene Schadenersatzklage wurde vom Landgericht und vom Oberlandesgericht Oldenburg abgewiesen. Dagegen gab das Reichsgericht das Verurteil auf und verurteilte die Sache an den Vorderrichter zurück. Beim Einsteigen des Zuges sei jedesmal ein Gedränge und Hasten nach den beiden für die Kinder eingestellten Wagen getrieben, da nach Kinderart jeder beim Einsteigen der Wagen sein wollte. Bei einer solchen Gelegenheit habe der Unfall ereignet. Es genüge nicht, daß die Kinder gelegentlich wegen Unvorsichtigkeit von einem Beamten ermahnt würden, es hätte zu dem Zwecke jeden Morgen ein Beamter am Zuge stehen müssen. Wie die Lebensversicherung zeige, reiche dies schon hin, um Ausschreitungen herbeizuführen. Schließlich hätte durch Erziehung einer nach dem Halten des Zuges zu öffnender Schranke die Aufsicht auf den noch fahrenden Zug unmöglich gemacht werden können. Aber selbst wenn die Bahn nicht an sie zu stellenden Anforderungen genügt hätte, könnten dem Verunglückten nicht die ganzen Schadenersatz aufgebürdet werden. Es müsse die noch schwache, gegenbildliche Eingebungen unterliegende Natur von Kindern berücksichtigt werden. Die Bahn habe wegen der dem Eisenbahnbetrieb an sich innewohnenden Gefährlichkeit ihr Teil mitzutragen.

„St. Louis“ und „Milwaukee“. Die größten deutschen Motorfahrzeuge. Vor dem Kriege fast ganz die Auswandererbeförderung und den geschäftlichen Verkehr eingestellt, hat die europäisch-amerikanische Passagierverkehr heute in erster Linie einen lebhaften Auswanderer- und Touristenverkehr zu bewältigen. Dagegen spielt der Geschäftsverkehr nach wie vor eine bedeutende Rolle. Der Auswandererverkehr jedoch hat gegenüber der Vorkriegszeit stark an Bedeutung verloren. Die Vereinigten Staaten die Einwanderung aus Ost- und Südamerika auf einen Bruchteil ihres früheren Umfanges und auch die Zahl der nord- und nordwesteuropäischen Einwanderer stark beschränkt. Dieser heute fast ausschließlich anders geartete nordatlantische Passagierverkehr hat auch die Hamburg-Amerika Linie, die seit 1848 den größten deutschen Seehafen mit dem größten amerikanischen Seehafen, vor neue Aufgaben gestellt. Ihre im Hamburg „New York-Dienst“ u. a. verkehrenden Schiffe „Albert“, „Deutschland“, „Gamburg“ und „New York“,

die demnächst durch Einbau neuer Turbinen eine erheblich größere Geschwindigkeit erhalten sollen, werden mit Vorliebe auch von Verkehrs- und Studienreisenden sowie von deutschen Auswanderern benutzt. In den nächsten Monaten treten zu den genannten Einheiten zwei neue, nämlich die Passagier-Motorfahrzeuge „St. Louis“ und „Milwaukee“ hinzu, die mit einem Raumbau von je 17 000 B.-R.-Z. die größten deutschen Passagier-Motorfahrzeuge und zugleich die ersten sein werden, die eine deutsche Reederei auf dem Nordatlantik, dieser wichtigsten Route des Weltverkehrs, in Fahrt legt. Sie werden je etwa 1 000 Passagiere, 400 in der Kajüte, je 300 in der Dritten Kajüte für Touristen und in der Dritten Klasse befördern können. „St. Louis“ und „Milwaukee“ wollen bei aller Bequemlichkeit, die sie den Reisenden bieten, keine ausgesprochenen Luxusfahrzeuge sein, sondern Schiffe vor allem für dasjenige Reisepublikum, das Wert auf gute und billige Beförderung legt. Damit gliedern sie sich planvoll in die deutsche Handelsflotte und in den über eine Million B.-R.-Z. umfassenden Schiffsparc der Hamburg-Amerika Linie ein.

* Aus Kreisen, die dem Reichsfinanzministerium nahe stehen, verlautet, daß eine Aenderung des Reichsfinanzausgleichsgesetzes an einer Stelle einsehen müsse und sie werde kaum allzu schwierig sein, da man die Erhebungsstellen des Reiches ziemlich genau mit 10 v. H. des Steueraufkommens rechnen könne. Es werde allerdings unermesslich sein, heißt es weiter, daß einige der kleinen norddeutschen Länder dadurch eine Verminderung ihrer Einnahmen erfahren. Von diesen kleinen norddeutschen Ländern, die von einer derartigen Maßnahme des Reichsfinanzministeriums bei der Regelung der Steuerüberweisungen betroffen werden, werden Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin namentlich aufgeführt. Sollte der Plan des Reichsfinanzministeriums 10 Prozent des Steueraufkommens als Erhebungskosten des Reiches einzubehalten, Geleg werden, so würde augenfällig Oldenburg mit einer Verminderung seiner Reichssteuerüberweisungen zu rechnen haben. Zu dem Plane des Reichsfinanzministeriums wird von befreundeter Seite gesagt: „Über diese Wirkung — Verminderung der Steuereinnahmen Oldenburgs und anderer Länder durch die Einbehaltung von 10 Prozent Erhebungskosten des Steueraufkommens durch das Reich — würde schließlich nur den Grundgedanken der geplanten großen Reichsreform entsprechen, die ja den Grundgedanken der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder aufgestellt hat.“



* Ein Jahr Jagdverbot? In letzter Zeit haben sich die Nachrichten gehäuft, die von einem großen Wildsterben in ganz Deutschland infolge des anhaltenden scharfen Frostes zu berichten wußten. Der Allgemeine Deutsche Jagdschutzverein hat sich auf Grund der ihm vorliegenden Unterlagen über die starke Einbuße, die der Wildbestand in Deutschland erlitten hat, mit einer Eingabe an die Reichsregierung gewandt, in der eine längere Schonzeit zur Erhaltung des Wildbestandes gefordert wird. Wie verlautet, zieht tatsächlich die Reichsregierung ein Jagdausübungsverbot für die Dauer eines Jahres ernsthaft in Betracht. Das Verbot soll sich mit Ausnahme von Hasen auf das gesamte Wild erstrecken.

* Warnung vor einem Preisräufelschwindler. Seit kurzer Zeit betreibt in Romaroes ein Karl Herrmann aus Rostock ein Photo-Verandgeschäft und schickt Personen, deren Adresse er sich irgendwie verschafft hat, wiederholend Prospekte. In den Prospekten wird den Empfängern mitgeteilt, daß sie sich an einem Preisausreiben beteiligen könnten, in dem Zimmereinrichtungen und dergl. als Gemine ausgelegt waren. Als Opfer der Preisraufgabe können sie angeblich einen Photapparat umsonst erhalten, wenn eine bezeichnete Geldsumme eingezahlt worden ist. Dieser Betrag soll nur eine Entschädigung für die Zubehörtelle sein, ohne die der Apparat nicht gebraucht werden kann. Beim Empfang des angepriesenen Apparates werden die Einzahler arg enttäuscht sein, da er nur aus einem kleinen Pappkarton mit Linse und Mattscheibe besteht. Die Zubehörtelle sind ebenfalls minderwertig. Der Gesamtwert der Sachen beträgt etwa die Hälfte des eingezahlten Geldes. Vor einer Beteiligung an derartigen Ausschreibungen wird daher gewarnt. Geschädigte können sich an jeder Polizeiwache melden.

— Vardenfleth. Als erstes der üblichen Schlussreiten der ländlichen Reitervereine fand am Sonntag dasjenige des Moorriemer Reitklubs statt. Das Gebotene übertraf die Erwartungen der Besucher bei weitem. Trotz der ungünstigen Witterung war der Besuch gut. Welch fabelhafte Passion im Moorriemer Reitklub herrschte, zeigte die seltene Disziplin, Ruhe und Ordnung in den Einteilungen. Bestes Einvernehmen zwischen den Führern und dem Moorriemer Reitklub bewirkte, daß zum Abreiten eine Abteilung brauner und schwarzer Pferde (je sechs) mit ihren Reitern die Preisrichter W. Wendt, Hans Viefen-Schille und C. Veitling-Verne vor nicht leicht zu treffende Entscheidungen stellte. Programmhaft trat als erste die braune Abteilung vor die Richter. Gutes ausgeglichenes Pferdmaterial, zum Teil junge Tiere, nur auf Trense geritten, gut vorgeführt. Bei weitem der beste war wiederum Herbst von Seggern-Burwintal auf W. Büllings fünfjähriger Stute vom Reut. Trotz ihrer kurzen Vorbereitungszeit belegte Georg Gloystein-Eckleth auf dem vierjährigen Wallach vom Grimbar den zweiten Preis. 3. Walter Hagen-Dalser, sechsjährige Stute vom Gidwald; 4. Heino Lehenjohannis-Burwintal, vierjährige Stute vom Reut; 5. Enno Behrens-Burwintal, dreijährige Stute vom Reut; 6. Fritz Gümmler-Vardenfleth,

dreijährige Stute vom Ludendorff. Einen wuchtigeren Gesamteindruck machte die Abteilung der Hapen. Trotzdem man dielemärts für Carsten Viefen den ersten Preis erwartet hatte und trotz der sehr kurzen Vorbereitung seines Pferdes, errang Georg Heinemann auf Gustav Ammermanns vierjährigem Wallach vom Gidwald den ersten Preis. 2. wurde Carsten Viefen, 3. Georg Maas-Eckleth auf vierjährige Stute vom Gidwald; 4. Reinhold Böning-Neuenbrot, vierjährige Stute vom Gidwald; 5. Rich. Vattermann-Vardenfleth, fünfjährige Stute vom Reut; 6. Hans Gloystein-Eckleth, fünfjähriger Wallach vom Reut. Am Neiten um den Wanderpreis mußte teilnehmen Herbst von Seggern-Burwintal, Georg Gloystein-Eckleth, Georg Heinemann-Moordorf und Carsten Viefen-Nordermoor. Weit der Beste, errang Herbst von Seggern, nachdem er bereits im Vorjahre ebenfalls den Wanderpreis erringen konnte, ihn zum zweiten Male. Jagdspringen. Ein glänzendes Sprungvermögen bewies die sechsjährige Fuchsstute des Gust. Ammermann-Moordorf unter Georg Heinemann-Moordorf, der mit 0 Fehlern in 64 Sekunden den ersten Preis errang. 2. Georg Gloystein, fünf Fehler, 58 Sekunden; 3. G. Gloystein, neun Fehler, 60 Sekunden; 4. Richard Vattermann, neun Fehler, 65 Sekunden; 5. H. von Seggern, zehn Fehler, 57 Sekunden. Zum Einpännerfahren waren die gemeldeten fünf Gespanne am Start. Nur durch das gemaltige Tempo kam der Wallach des Carsten Viefen in sein Element und konnte sich gegen Rich. Vattermanns fünfjährige schw. Stute vom Gidwald (die Stute ist tragen) knapp durchziehen, gefolgt von Fr. von Seggers Schenkelei und Berch. Freels-Nordermoor Gidwaldtochter. Als einziger Sieger beim Voltigieren am Oldenburg Pferd ging Herbst von Seggern-Burwintal hervor. Allgemeines Interesse erregte auch der Schiefenraub, ein sehr belustigendes Reiterpiel. Das Spiel wurde dreimal wiederholt. Resultat: Schiefenreiter Georg Heinemann, Raub: Georg Gloystein; Schiefenreiter Herbst von Seggern, Raub: Enno Behrens; Schiefenreiter Reinhold Böning, Raub: Hans Gloystein. Um 8 Uhr fand die Preisverteilung im Vereinslokal (Oto Gräper) statt, woran sich ein gemüthliches Tanztränzchen anschloß.

* Oldenburg. Oberbürgermeister Dr. Goerlich hatte am 28. Februar in Berlin eine Aussprache über die Gerichte von der Aufhebung der Reichsbahndirektion Oldenburg mit der Reichsbahngesellschaft. Seitens der Generaldirektion ist erklärt worden: Die Zahl der Reichsbahndirektionen müsse im Interesse der Rentabilität verringert werden. Als erste werde die Reichsbahndirektion Würzburg aufgehoben. Wo Reichsbahndirektionen in Fortfall kämen, würden, um eine wirtschaftliche Schädigung der Städte zu vermeiden, andere Dienststellen eingerichtet. Wenn in Oldenburg von der Aufhebung der Reichsbahndirektion Schwerin, Trier und Oldenburg gesprochen worden sei, so sei das auf keinen Plan der Reichsbahngesellschaft zurückzuführen. Ansehend habe jemand die kleinen Direktionsbezirke ausgesucht und daraufhin die Gerichte verbreitet. Im Gegenfall zur Reichsbahndirektion Würzburg, deren Erhaltung durch keinen Staatsvertrag gesichert sei, bestesse wegen der Reichsbahndirektion Oldenburg ein Staatsvertrag, an den sich die Reichsbahngesellschaft gebunden erachte und der nur mit Zustimmung des Staates Oldenburg geändert werden könne.

* Delmenhorst. In einer zahlreich besuchten Versammlung des Amtskundendes Delmenhorst führte der Vorsitzende des Landbundes Oldenburg-Bremen, Vattermann-Oberste, aus, daß der Landbund Oldenburg-Bremen sich dem Vorgehen anderer Landbünde anschließen und den Kampf mit aller Schärfe aufnehmen werde. Es sei jetzt so weit, daß der Landbund den Käuferstreit reklamieren müsse. Die Landwirtschaft wolle den allerletzten Moment nicht verpassen, um sich noch mit Aussicht auf Erfolg ihrer Saut zu wehren. Man müsse in den Kampf eintreten, solange man noch Kraft genug habe, ihn mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Gegen den Willen einer geschlossenen deutschen Landwirtschaft könne keine Regierung arbeiten. — Herr Meyer-Bremervörde machte weitere Mitteilungen über den gemeinschaftlichen Kampf des Landbundes. Er ging aus von der Bedeutung der deutschen Landwirtschaft als Ernährungsgrundlage für unser Volk und unterrichtete die Ursachen, die zur Verhinderung der Landwirtschaft führten. Alle Maßnahmen, die man der Landwirtschaft empfehlen habe, hätten verlagert. Man wolle die Landwirtschaft bewußt vernichten durch die kalte Sozialisierung. Der Parlamentarismus könne die Landwirtschaft nicht mehr retten. Die Landwirtschaft müsse jetzt die Maßnahmen ergreifen, die die Sozialdemokratie 50 Jahre hindurch angemahnt habe und durch die sie zur Macht gelangt sei: den Streik. Jezt deutsche Landbünde hätten beschlossen, vom 1. April bzw. 1. Mai an den Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz mit den Mitteln des Käuferstreits zu führen. Es gäbe kein Geleg, das dazu zwingt, etwas zu kaufen. Der Redner betonte, mit dieser Maßnahme sollte nicht Handwerk und Gewerbe getroffen werden, sondern wir wollen das System vernichten, das unsere Existenz untergräbt und uns bewußt proletarisieren will. In diesem Kampf darf keiner absteigen stehen. Der absteigt steht ist ein Verräter an unserer Sache. Wir müssen uns die Gewerkschaften zum Vorbild nehmen, die auch nach dem Motto: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“ handelten. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Ansprache betonten alle Redner, daß sie alle Kräfte einsehen wollten, um den Kampf bis zu einem erfolgreichen Ende durchzuführen.

* S. Kindern. Eine wahre Unglücksdecke scheint die Gegend von Lindern (Amt Cloppenburg) zu sein, die vor Jahren von dem Wirbelsturm heimgesucht wurde. Hernach wurden alle Augenblicke dortber aberland Unfälle und auch Ueberfälle gemeldet. Jezt erschöpfte der Wirtschaft Göhrs in Lindern der Kaufmann N. aus Neuen-Tempen einen 10jährigen Schüler namens Hans Holz. Er wollte ihn und andere Schulkinder vom Herdfeuer, wo auch er sich wärmte, vertreiben, legte, wie im Scherz

mit einem Gewehre, das zufällig an der Wand gehangen hatte, auf die Kinder an, ohne zu wissen, daß es geladen war und augenblicklich wälzte sich der Betroffene in seinem Blute. Er war fast sofort eine Leiche.

Eingefandt.

(Für die hierunter veröffentlichten Einfindungen übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.)

In dem letzten Eingefandt in Nr. 28 d. Bl. gebraucht Herr Jmmier folgenden Passus: „Der Einsender überreicht es vollständig, daß ich . . . den Beratern der städtischen Angelegenheiten Vergleichsmöglichkeiten bieten wollte, die sie vielleicht noch nicht befaßen. Ich ersehe aus dem Grundton der Anzählungen, daß ich vielen von ihnen ein recht unbequemer Mahner gewesen bin.“ Aus dieser Ausdrucksweise folgt, daß Herr J. den Urheber des „An Herrn Jmmier“ gerichteten Eingefandts in Nr. 27 unter den Stadtratsmitgliedern sucht, ja daß er als „seinen schulmeisternden Mentor und regelmäßig sich einstellenden Begleitmusiker“ ein bestimmtes Stadtratsmitglied im Auge hat. Es ist, gelinde gesagt, sehr unklug und unvorsichtig, in ein Umrkehr-Eingefandt auf eine bloße, durch nichts begründete Vermutung hin die eben erwähnten neuen Angriffe einzupflücken. Man legt sich nur unnötig einem Reinfall aus. Für alle Stadtratsmitglieder habe ich zu erklären, daß niemand von ihnen der Urheber des in Frage stehenden Eingefandts ist. Stadtrat und Schulvorstand waren sich der Schwere des unter dem Zwang der Verhältnisse gefaßten Beschlusses voll bewußt und brauchen keinen „unbequemen Mahner.“

Die Meinung des Stadtrats war in öffentlicher Sitzung dahin zum Ausdruck gebracht worden, daß man es bedauere, daß Herr J., statt sein Schreiben an den Stadtrat zu richten, den Weg in die Öffentlichkeit gewählt habe, zumal er im letzten Eingefandt selbst sagt, daß er sich nicht an die Eltern wende, sondern den Stadtrat beeinflussen wolle. Wozu also der Weg in die Öffentlichkeit? Die Verwaltung einer Stadt ist in unserer heutigen schweren wirtschaftlichen Lage eine dornenvolle

und undankbare Aufgabe, so daß man die Öffentlichkeit nicht mehr beunruhigen sollte, als wirklich nötig ist, zumal wenn man als Ratgeber Einblick in die Verwaltung hat und wissen muß, daß die Frage des Schulgeldes nicht für sich allein, sondern nur im Rahmen unserer gesamten Finanzwirtschaft behandelt werden kann. Die Frage war einfach die, ob das im Haushalt der Realschule zu erwartende Defizit in Form einer neuen Steuer (z. B. Wohnungszugangssteuer) von allen Einwohnern oder von denen getragen werden soll, die für ihre Kinder den Hauptnutzen von der Realschule haben. Die Beantwortung dieser Frage war schwer; beiden Lösungen standen große Bedenken gegenüber. Wenn sich der Stadtrat für die letztere Lösung entschied, so glaubte er damit angeht, der in unserer Stadt leider weit verbreiteten Abneigung gegen die Realschule gerade im Interesse der Realschule zu handeln, und tat es im Vertrauen darauf, daß nach Ueberwindung des ersten Vergers die Realschul-Eltern Einsicht genug besitzen werden, um die durch die finanzielle Lage unserer Stadt bedingte Zwangslage, in der sich Schulvorstand und Stadtrat befinden, gerecht zu würdigen. Schließlich sind wir doch alle Bürger ein und derselben Stadt und können nicht durch Gegeneinander —, sondern nur durch Hand-in-Hand-Arbeiten die Notjahre überwinden.

Zu den Ausführungen Herrn J.'s in seinem ersten Artikel sei bei dieser Gelegenheit nur gesagt, daß das meiste Binsenwahrheiten sind und wohl auch von jedem Stadtratsmitglied unterschrieben wird —, solange man die Schulgelddfrage nur für sich allein zu betrachten hätte oder in einer finanzkräftigeren größeren Stadt wohnte. Weides ist leider nicht der Fall. Wir haben eben mit unseren Finanzen und nicht mit denen anderer Länder oder Städte zu rechnen. Das ist bitter aber die Wirklichkeit.

Einige der dort gegebenen Zahlen sind aber doch recht ansehnlich. Es geht doch nicht an, in einer Uebersticht die diesjährigen Schulgebühren anderer Städte, mit den nächstjährigen Eisfests neben einander zu stellen. Ob andere Städte nicht gleichfalls

zu Erhöhungen werden schreiten müssen, steht mindestens noch dahin. Desgleichen ist es nicht angängig, die Eisfester nächstjährigen Sätze für drei Kinder in voller Höhe neben die diesjährigen geleslich ermäßigten Sätze anderer Städte zu setzen. Das muß ja ein für Eisfest sehr ungünstiges Bild geben, das allerdings einen mit unserm Veranlagungsprinzip nicht Vertrauten vom Zustand nach Eisfest abhalten könnte. Aber das Bild ist schief, die Wirklichkeit sieht ganz anders aus als die theoretisch zusammengestellten Zahlen, nämlich folgendermaßen: Es haben Familien in unserer Realschule zwei oder mehr Kinder

Familien	Kinder	Davon zahlen das		
		1. Kind	2. Kind	3. Kind
Keine	3	—	—	—
6	2	voll	voll	—
1	2	voll	25 %	—
1	2	voll	50 %	—
1	2	voll	50 %	—
1	2	60 %	frei	—

Familien mit 3 Kindern in unserer Schule gab es allüberhaupt nicht, wohl eine Familie, deren 3. Kind nach Brate ging, wofür das 2. Kind hier eine Ermäßigung erhielt. Vom 1. April ab wird 1 Familie 3 Kinder haben, von denen das 3. Kind voraussichtlich ganz frei sein wird. Von den 10 Familien mit 2 Kindern bezahlten 6 für beide Kinder voll, 4 haben für das 2. Kind erhebliche Ermäßigung, eine Familie sogar schon für das 1. Kind. Daß auch für das einzelne Kind schon Freistellen und Ermäßigungen gewährt werden, dürfte bekannt sein. So steht also die Praxis aus. Welchen Nutzen soll demgegenüber ein Jonglieren mit theoretischen Zahlen bringen, die all diese Ermäßigungen einfach außer acht lassen? Wenn dann noch Herr J. die angeblich weniger guten Leistungen unserer Realschule als Argument für seine Anschauungen anführen zu müssen glaubt, so darf er sich nicht wundern, wenn er aus dem Kreise der Freunde der Realschule, deren es doch gottlob auch sehr viele gibt, eine temperamentvolle Erwiderung erfährt.

A. Reide, stellv. Vorsitzender des Stadtrats

Molkerei Neuenbrof

Die Milchzufuhr für die Zeit vom 1. Mai 1929 bis dahin 1930 soll neu vergeben werden. Schriftliche Angebote sind bis zum 10. März im Geschäftszimmer abzugeben. Die Bedingungen sind daselbst zu erfahren. Der Vorstand.

Reparaturen, Reinigung und Umsetzen von Kachelöfen, eisernen Öfen und Herden

werden prompt und fachgemäß ausgeführt. Große Auswahl in Ersatzteilen.

Oskar Schmalz, Ofenbaugeschäft, Brake, Breitestraße 34. Fernsprecher 634.

Blumen- und Gemüse-Sämereien

in bekannt bester Qualität
Bei Barzahlung 10 % Rabatt
Gartenbaubetrieb Fr. Orth, Fernsprecher 61

Glückwunschkarten

zur Konfirmation
mit Namensaufdruck
fertigt an
L. Zirk, Buchdruckerei

Zwangsversteigerung
Am Freitag, d. 8. März, nachm. 2 Uhr, gelangen in Weiners Gasthause in Eisfleth:

1 Schwein und 1 Aufschwager,
gegen Barzahlung zur Versteigerung.
Eisfleth, den 6. März 1929.

Wilkens,
Obergerichtsvollzieher.
Wegen Verkleinerung des Haushalts verkaufe

grünes Plüsch- Möblement
(Lackbaum), sowie andere Sachen
Fesenfeld.

Empfehle zu Freitag und Sonnabend:

Schellfische, Rotzungen, Schollen, Fisch-Filet Goldbarfisch
K. Ihmels.

Ab heute kann wiedergebadet werden
Arnold Ahlers.

Freitag von 3-7 Uhr:
Prima Fohlenfleisch
sowie
gekochte Mettwurst und Nagelholz
bei Ww. Popfen.
W. Hohn.

Konfirmanden-Anzüge

ein- und zweireihig aus guten Stoffen

25.— 35.— 39.—
42.— 52.—

Neue Sendungen sind eingetroffen

H. G. Lange

Süße Apfelsinen

Thams & Garfs

Konfirmations Gesangbücher Geschenke Karten usw.

H. Bargmann
Buchhandlung
Steinstraße 11

4

hochwertige Qualitäten ungewöhnlich billig!

Wertvolles Hemdenuch Mtr. 65
Wertvolles Bettfatin Mtr. 190
140 cm breit
Wertvolles Gersthorn-Gebit Mtr. 75
Frottier-Handtuch Stück 120
Gr. 50/100

H. G. Lange



Diese blaue Brotschale

Erhalten Sie als Werbegeschenk

beim Einkauf von 1^{kg} Kaffee oder 1^{kg} Tee oder 1/2^{kg} Kaffee und 1/2^{kg} Tee

Thams & Garfs, Eisfleth

Billige Kurzwaren

<p>Nacht-Lichte, Schachtel 20 ₤ Große weiße Kerzen, 10 ₤ Deckelhalter für Kaffeeannen, 15 ₤ Schuhstapel, 100 cm, zwei Paar 15 ₤ Naujesallen, 10 ₤ Nattenfallen, 40 ₤ Bus-Extrakt, Dose 10 ₤ Nasser-Binsel, 30 ₤, 50 ₤, 75 ₤ Nasser-Seife, 15 ₤, 25 ₤ Toilette-Bimstein, 20 ₤ Pfeffermöhlen, 50 ₤ Kork-Zieher, 20 ₤, 35 ₤, 65 ₤ Kuchen-Räder, 35 ₤ Kopier-Räder, 25 ₤, 35 ₤ Pacnadeln, 8 ₤ Spicknadeln, 15 ₤</p>	<p>Würfel, aus Wein, 15 ₤ Fendel, 25 ₤, 35 ₤ Sandpapier, Bogen 3 ₤ Schmirgelpapier, Bogen 5 ₤ Blumendracht, 5 ₤ Maschinen-Del 20 ₤, 35 ₤ Klettenwurzelöl, 25 ₤, 45 ₤ Kinderflaschen, 15 ₤ Flaschenauger, 15 ₤ Sandwisch-Würsten, 10 ₤, 20 ₤ Schwämme, aus Fensterleder, 25 ₤ Gas-Anzähler, 20 ₤ Sicherheitsnadeln, Schachtel 6 ₤, 8 ₤ Nähnadeln, Brief 5 ₤ Pfeifen-Stopper, 15 ₤ Flaschen-Ausgieß-Korke, 50 ₤</p>
---	---

Kaufhaus Runkel



Bleyle
Knaben-Anzüge

H. G. Lange



Sprechstunden



unseres Vertrauensarztes für orthopädische Bruchbehandlungen
Oldenburg: Sonntag, 10. März, vorm. 9-12 Uhr
Hanja-Hotel.
Referenzen und Prospekte auf Anforderung. (Doppelte Rückporto erwünscht.)

„Hermes“, Arztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., **Hamburg**, Esplanade 6. (Vergleichen: Dr. H. S. Meyer). Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Zu Eltern können noch mehrere
Schiffbauer- und Schlosserlehrlinge
sowie
I Schmiedelehrling
eingestellt werden.
Eisflether Werft A.-G.

Die Turnstunden sämtlicher Abteilungen werden fortan wieder regelmäßig abgehalten.
Der Vorstand.